lichkeit mit entsprechenden Konsequenzen für die Ausstattung und – last but not least – den Personalschlüssel, verstärkt die Tendenz, ärztliches oder pflegerisches Handeln als ‚gefahr geneigte Tätigkeiten‘ betrachten zu müssen.“

Knackpunkt Dokumentation

Obwohl diese Entwicklung nicht ohne Folgen für die Qualität der Versorgung bleibe, könne das deutsche Haftungsrecht mit dem Verbot des Ausforschungsbeweises nur begrenzt eingreifen. Der Grund: Organisationsdefizite im Klinikbetrieb spiegeln sich nur selten in der individuellen Behandlungsdokumentation des Patienten wider, erläuterte Gaidzik. „Mängel in der personellen Besetzung, Abteilungs koordination und nicht zuletzt -kommunikation oder auch in der Organisation der Rufbereitschaft werden in aller Regel nur per Zufall zu Tage treten.“ Der Patient werde kaum in Erfahrung bringen können, ob ein Behandlungsfehler das Resultat eines Konzentrations mangels des übermüdeten Assistenzarztes oder seiner un guten Erfahrungen mit einem mehrfach aus dem Schlaf gerissenen Facharztes im Hintergrunddienst ist. „Um hier das Haftungs-

recht wirkungsvoll als Instrument einzusetzen, bedürfte es neuer Wege im Prozessrecht“, sagte Gaidzik.

Für die Zukunft hält es der Mediziner rechtler auch für denkbar, dass sich die Gutachterkommissionen und Schlichtungsstellen im Bereich der Mediation engagieren könnten. Grundsätzlich entlastet die Arbeit der Kommissionen nach Einschätzung von Gaidzik nicht nur die Gerichte. Sie ist auch in der Lage, die dort durch den fehlenden medizinischen Diskurs bestehenden Defizite auszugleichen, „mit vielleicht sogar weit größerem Potenzial in der Zukunft“.

Die nordrheinische Gutachterkommission hat in den 40 Jahren ihres Bestehens mehr als 50.000 Anträge bearbeitet. Dabei haben die Ärzte und Juristen bei etwa einem Drittel einen Behandlungsfehler festgestellt. „Wiederholte Auswertungen der Ergebnisse haben nachgewiesen, dass es der Gutachterkommission in bis zu 90 % der Begutachtungsfälle gelingt, den Haftungsstreit zwischen Patienten und Ärzten durch das für die Beteiligten kostenfreie Begutachtungsverfahren beizulegen“, lobte der Vizepräsident der Ärztekammer Nordrhein Bernd Zimmer.

Ilse Schlingensiepen

Anwälte dürfen mit Ärzten kooperieren

Partnerschaftsgesellschaften von Ärzten und Apothekern mit Rechtsanwälten sind künftig erlaubt. Geklärt hat das jetzt das Bundesverfassungsgericht.

Um eine umfassende, fachlich-juristische Beratung anbieten zu können, tun sich Rechtsanwälte häufig mit spezialisierten Kollegen, aber auch mit anderen Berufsgruppen zusammen. Zulässig ist dies laut Bundesrechtsanwaltsordnung (BRAO) allerdings nur mit Steuerberatern und -bevollmächtigten, Wirtschaftsprüfern sowie vereidigten Buchprüfern. Die Liste gilt als abschließend. Im Umkehrschluss waren Partnerschaftsgesellschaften mit anderen Berufen, darunter etwa Ärzten und Apothekern, daher bisher verboten. Dennoch hatten ein Rechtsanwalt und eine Ärztin und Apothekerin im Raum Würzburg eine gemeinsame Gesellschaft gegründet. Tätigkeit sollten Gutachten und Be-

ratung im Bereich des Arzt- und Apothekenrechts sein. Patienten behandeln wollte die Ärztin nicht. Das Amtsgericht Würzburg lehnte die Eintragung in das Partnerschaftsregister unter Hinweis auf die BRAO ab. Dem folgte auch das Oberlandesgericht Bamberg. In dritter Instanz hatte der Bundesgerichtshof jedoch verfassungsrechtliche Bedenken. Er legte die BRAO-Vorschrift daher dem Bundesverfassungsgericht zur Prüfung vor. Das schloss sich den Argumenten des Bundesgerichtshofs an. Die Regelung sei mit dem Grundrecht der Berufsfreiheit unvereinbar, befanden die Verfassungsrichter in ihrem jetzt schriftlich veröffentlichten Beschluss unter Aktenzeichen 1 BvL 6/13.

Martin Wortmann

Hier steht eine Anzeige.

Springer